

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 14/5972, 14/6180 –**

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der Internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die von der Bundesregierung am 9. Mai 2001 beschlossene Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo unter Fortgeltung der Regelung ihres Beschlusses vom 24. Mai 2000, dem der Deutsche Bundestag am 8. Juni 2000 zugestimmt hat (Drucksache 14/3454 vom 25. Mai 2000), über den 11. Juni 2001 hinaus ist aufgrund der Lage im Kosovo unumgänglich.
2. Als Reaktion auf die geänderte politische Situation in der Bundesrepublik Jugoslawien, hervorgerufen durch die demokratisch legitimierte Regierung in Belgrad, hat der Befehlshaber der Internationalen Friedenstruppe (COMKFOR) gemäß Artikel I Abs. 4 des Militärisch-Technischen Abkommens die Rückkehr jugoslawischer/serbischer Sicherheitskräfte in die Bodensicherheitszone (GSZ) erlaubt. Als letzte Phase des konditionierten und abschnittsweisen Zugangs in die Bodensicherheitszone wird ab dem 24. Mai 2001 der Sektor B geöffnet.

3. Die Rückkehr der jugoslawischen/serbischen Sicherheitskräfte in die GSZ, vor allem in deren Sektor B (Presovo-Tal), ist nicht risikolos. Konflikt verhindernde Gespräche und Verhandlungen sind ebenso notwendig wie eine Überwachung des zumindest anfänglich fragilen Normalisierungsprozesses. Deshalb ist für die Bundeswehr eine Erweiterung des bisherigen Mandats sinnvoll und notwendig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die in ihrem Antrag gewählte Formulierung zur Mandatserweiterung dahingehend auszulegen, dass deutsche Soldaten zwar im Rahmen von KFOR an Gesprächen und Verhandlungen sowie eventuell notwendig werdenden humanitären Einsätzen in der Boden- und Luftsicherheitszone (ASZ) teilnehmen und bei Bedarf unbemannte Aufklärungsfähigkeiten der Bundeswehr in diesen Zonen durchgeführt werden, dass aber ungepanzerte oder gepanzerte Patrouillen oder gar Truppenstationierungen in der Bodensicherheitszone (GSZ) unterbleiben;
2. dafür Sorge zu tragen, dass alle Aufträge an die in der Bodensicherheitszone, vor allem im Sektor B, im Rahmen von KFOR eingesetzten Bundeswehrsoldaten auf gegenüber den dort lebenden Volksgruppen möglicherweise provokant wirkende Handlungen sorgfältig abgewogen werden;
3. alle Maßnahmen in der Boden- und Luftsicherheitszone zu unterlassen, die auch nur entfernt geeignet sein könnten, Kampfhandlungen unter Wahrnehmung des individuellen und kollektiven Selbstverteidigungsrechts zu provozieren.

Berlin, den 30. Mai 2001

Günther Friedrich Nolting

Ina Albowitz

Hildebrecht Braun (Augsburg)

Rainer Brüderle

Ernst Burgbacher

Jörg van Essen

Horst Friedrich (Bayreuth)

Rainer Funke

Joachim Günther (Plauen)

Ulrich Heinrich

Walter Hirche

Birgit Homburger

Ulrich Irmer

Gudrun Kopp

Dirk Niebel

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

Detlef Parr

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Gerhard Schüßler

Carl-Ludwig Thiele

Dr. Dieter Thomae

Jürgen Türk

Dr. Guido Westerwelle

Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion